

16. / 11. 1917

18

## Die Kohlenfrage im Landtagsauschuß.

Der Bergetat beschäftigte gestern die Staatshaushaltskommission des Abgeordnetenhauses. Der Oberberghauptmann teilte mit, daß die Selbstkosten der Staatsbergwerke erheblich gestiegen seien und zwar infolge höherer Löhne und geringeren Abjages bei den Steinkohlen. Im Blei- und Erzbergbau und im Hüttenbetrieb sei glänzend gearbeitet worden. Er stellt ausdrücklich fest, daß die Steinkohlenwerte nicht nur das Inland, sondern auch das in Betracht kommende neutrale Ausland voll mit Kohle versorgen könnten. Schwierigkeiten beständen nur hinsichtlich der Abfuhr und wenn Störungen eingetreten sind, so sei das lediglich die Folge der schwierigen Transportverhältnisse. Bezüglich des Kalibergbaus betonte er, daß auch nach dem Kriege uns das Welthandelsmonopol bleiben würde. Ein fortschrittlicher Abgeordneter nahm Stellung gegen die übermäßige Kohlenpreistreiberi, die nicht durch die Erzeugungskosten gerechtfertigt sei und verlangte das Eingreifen des Ministers, der namentlich beim Kohlensyndikat mäßigend wirken könne. Er fragt die Regierung, wie sie sich zur eventuellen Festsetzung von Kohlenhöchstpreisen stelle — eine Frage, die leider unbeantwortet blieb. Der Minister führte aus, daß infolge der Beteiligung des Staates an den Syndikaten natürlich ein Einfluß auf die Preisgestaltung vorhanden sei. Vor jeder Erhöhung der Kohlenpreise müsse dem Ministerium Mitteilung gemacht werden. Er habe sich die jüngste Kohlenpreiserhöhung lange überlegt, die Erhöhung sei ja nicht so bedeutend, aber auf dem Wege bis zum Verbraucher trete natürlich eine weitere Verteuerung ein. Dabei erwähnte er, daß man z. B. in Berlin für ein Gespann zur Kohlenabfuhr täglich 100 M. beanspruche. Der Sozialdemokrat bedauerte, daß jetzt alle Mitteilungen über die Höhe der Förderung fehlen, was natürlich auf den Kohlenpreis einwirke. Die Kohlenpreise seien viel zu hoch. Das Interesse der Allgemeinheit wurde nach seiner Meinung bei der letzten Kohlenpreiserhöhung nicht genügend gewahrt. Neben den Höchstpreisen hätten vor allem Verkaufspreise festgesetzt werden müssen. Er warnt davor, etwa zum 1. April eine weitere Erhöhung der Preise vorzunehmen. Der Minister wies nochmals darauf hin, daß die Kohlenpreiserhöhung, wie sie vorgenommen sei, den Werken keine übermäßigen Vorteile verschaffe, namentlich, wenn man die starken Kohlenpreiserhöhungen in England berücksichtige. Ein Nationalliberaler stellt fest, daß die Kohlenpreiserhöhungen sehr minimal seien. Die Gesteinskosten seien gewaltig gestiegen, die Selbstkosten würden meistens gar nicht gedeckt. Das Arbeitsmaterial habe sich verschlechtert, die Leistungen gingen herab, deswegen mußte die Preiserhöhung kommen. Es sei eine Übertreibung, von einer Preiserhöhung zu sprechen, die für die Allgemeinheit schädlich sei. Er verlangte dann, daß die Staatsregierung dem Aufkauf mitteldeutscher Braunkohlenfelder durch ausländische Kohlenmagazinen größte Aufmerksamkeit widmen möchte. Der Minister machte längere Ausführungen über die Beteiligung ausländischer Kapitalisten am mitteldeutschen Braunkohlenmarkt. Das Eindringen dieser Ausländer in die Braunkohlenindustrie habe diese selbst verschuldet. Der Staat verfolge die Entwicklung aufmerksam, aber es sei schwierig, hier Hilfsmassnahmen zu ergreifen; solle man etwa dem Staat Einfluß auf den Anlauf sichern — das würde große Mittel erfordern — oder solle man ein Reichshandelsmonopol schaffen?

Ein Zentrumsredner erklärt, gegen die Preispolitik habe seine Partei bis jetzt nichts einzuwenden, gegen übermäßige Steuererhöhung würde ja die Staatsregierung nun einschreiten. Der Sozialdemokrat bedauert nochmals, daß der Staat so wenig Einfluß auf den Braunkohlenbergbau habe, dort werde jetzt vielfach Raubbau getrieben.

Damit waren die Einnahmen erledigt, die Beratung der Ausgaben wurde vertagt.